

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

## AKTUELL

### Unfallserie bei Sargans

Die Autobahnen im Raum Sargans (SG) sind am frühen Montag morgen nach einer Reihe von Glatteis-Unfällen vorübergehend gesperrt worden. Drei Menschen wurden verletzt, einer davon musste mit der Schweizerischen Rettungsflugwacht (Rega) ins Spital geflogen werden, wie die St. Galler Kantonspolizei mitteilte. Ein plötzlicher Temperaturrückgang habe zu einer teilweisen Vereisung der Fahrbahnen geführt, hiess es. Rund 20 Fahrzeuge seien bei verschiedenen Karambolagen auf der A13/A3 zwischen Bad Ragaz und Sargans und auf der A13 Trübbach-Sargans beschädigt worden.

### SBB-Budget 1997 nur knapp genehmigt

Der Nationalrat hat das SBB-Budget 1997 und damit auch das vom Bahnpersonal verlangte Lohnopfer von 50 Millionen Franken am Montag mit 71 gegen 70 Stimmen bei 13 Enthaltungen knapp genehmigt. Rückweisungsanträge sowohl von



seiten der SP wie auch von FPS und SVP werden abgelehnt. Der SBB-Voranschlag sieht trotz Sparmassnahmen ein Defizit von 153 Millionen Franken vor. Die Bürgerlichen nahmen dies mit Murren zur Kenntnis. SP und Grüne lehnten das Budget aus Protest gegen die Sparmassnahmen beim Personal ab.

### Alkoholrechnung verabschiedet

Das Ergebnis 1995/96 der Alkoholverwaltung ist vom Parlament mit Genugtuung zur Kenntnis genommen worden. Die Rechnung wurde genehmigt. Vom Reinertrag in der Höhe von 185,8 Millionen Franken fliessen 90 Prozent in die AHV und die IV, zehn Prozent erhalten die Kantone für die Alkoholkämpfung. Das Ergebnis der Eidgenössischen Alkoholverwaltung liegt 14,7 Millionen Franken höher als im Geschäftsjahr 1994/1995 und 1,6 Millionen Franken über dem Voranschlag. Nach Bundesverfassung und Alkoholgesetz verteilt sich der Reinertrag zu 167,2 Millionen Franken auf AHV und IV und zu 18,6 Millionen Franken auf die Kantone. Diese müssen den sogenannten Alkoholzehntel zur Bekämpfung des Alkoholismus, des Suchtmittel-, Betäubungsmittel- und des Medikamentenmissbrauchs einsetzen.

### Dollar schoss über 1,31 Franken

Der Dollar hat an den internationalen Devisenmärkten zum Wochenbeginn gegenüber dem Franken mehr als einen Rappen zugelegt und den Wert von 1,31 Franken deutlich übertroffen. Der Franken wurde auch gegenüber wichtigen europäischen Währungen zurückgestuft, insbesondere gegen die D-Mark.

## Enorme Kostensteigerung nach Altershilfe-Umstrukturierung

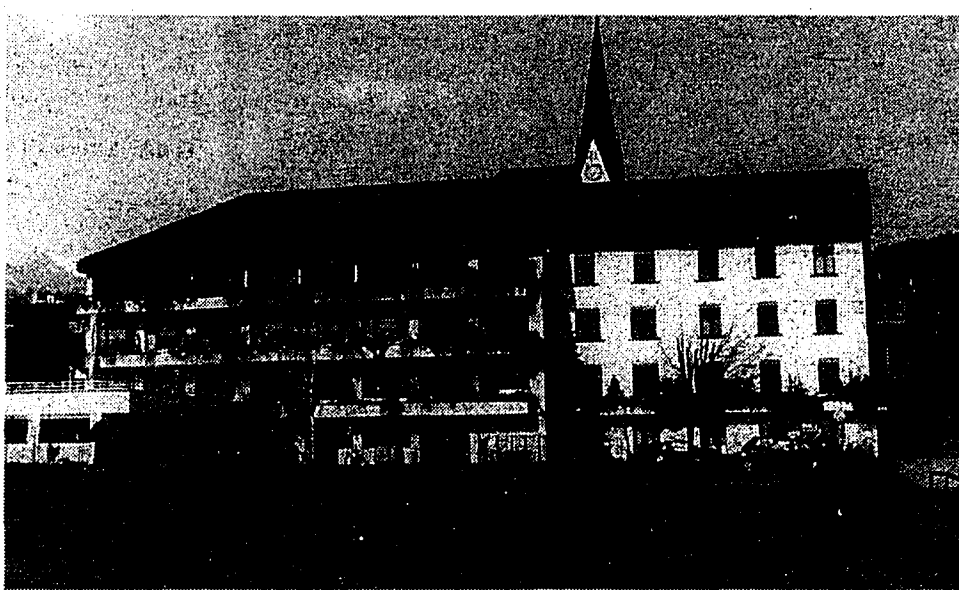
Statt Einsparung von Kosten hat die Reorganisation der Altershilfe Mehrkosten von etwa 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr gebracht

(G.M.) – Die Neuorganisation der Alterspolitik im Fürstentum Liechtenstein stand unter dem Motto «Einsparung von Kosten». Der Landesvoranschlag 1997 der Regierung sieht allerdings erhebliche Kostensteigerungen gegenüber dem Vorjahr vor. Zudem musste der Landtag für das laufende Rechnungsjahr bereits einen Nachtragskredit bewilligen.

Aus der früheren «Stiftung für das Alter» ist mit erheblichem Aufwand die «Stiftung Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe» entstanden. Sozialminister Dr. Michael Ritter, der den früheren Regierungsrat René Ritter an die Spitze dieser Stiftung mitgehiebt hatte, schrieb deshalb im Rechenschaftsbericht 1996 voller Stolz über die Reorganisation: «Mit der Schaffung eines einheitlichen Rechtsträgers für die in der Altershilfe tätigen Institutionen haben die Gemeinden und das Land Liechtenstein eine bedeutende Weichenstellung in der Entwicklung der zukünftigen Alterspolitik in Liechtenstein vollzogen.»

### Mehrkosten für LBZ Eschen

Das Ziel der Umstrukturierung, nämlich eine Kostensenkung zu erreichen, ist klar verfehlt worden. Das Landesbudget 1997 der Regierung sieht unter dem Titel Sozialförderung – für Betreuungszentren, Notwohnungen, Frauenhaus



Für das Betreuungszentrum Eschen mussten 1995 noch keine Staatsbeiträge aufwendet werden. Nach der Reorganisation im Gefolge der Entlassung des Verwalters holte die Regierung einen Nachtragskredit von 624 000 Fr. für das laufende Jahr ein. Im Budget 1997 ist ein Landesbeitrag von 787 200 Fr. vorgesehen. (Archivbild)

und Therapeutische Wohngemeinschaft Mauren – Kosten von 4,4 Mio. Fr. vor, nachdem im Vorjahr noch knapp 3,0 Mio. Fr. budgetiert werden konnten. Die Steigerungsrate beläuft sich bei einer Kostensteigerung von 1,4 Mio. Fr. auf 47 Prozent. Als Begründung für diesen enormen Kostenschub führt die Regierung an, dass Lohnnachrückungen und

höhere Entschädigungen für Nachtwache in den Betreuungszentren zur Kostensteigerung beitragen würden. Nach der Entlassung des bisherigen Verwalters beim Betreuungszentrum Eschen fand laut Budgeterläuterung mit der «Neuorganisation eine Personalaufstockung» statt, so dass das Eschner Betreuungszentrum St. Martin erstmals im

Landesbudget mit einem Förderungsbeitrag von 787 200 Fr. aufscheint.

### Teure Altersstiftung

Mehrkosten gab es auch mit der Gründung der «Stiftung Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe» in Höhe von 230 000 Fr. Diese Kosten sind nach einem Bericht der Regierung zu einem Nachtragskredit für das laufende Jahr aufgrund der Anstellung eines Geschäftsführers und der Inbetriebnahme eines Büros entstanden. Bis der Geschäftsführer angestellt und die Infrastruktur bereitgestellt war, ergaben sich Kosten von 204 000 Fr. Die Umstrukturierung hat sich die Regierung also eine schöne Stange Geld kosten lassen.

### Kostensteigerung von 61 Prozent

Die erwähnte Kostensteigerung im Sozialbereich sieht noch kräftiger aus, wenn nur die Kosten für die Betreuungszentren und Wohnheime sowie die Kosten für die «Stiftung Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe» in Betracht gezogen werden. Würden für diese Pflegeheime und die dafür notwendige Infrastruktur im Budget 1996 noch 2,1 Mio. Fr. berücksichtigt, so steigt der Kostenaufwand des Staates dafür im Budget 1997 auf 3,4 Mio. Fr. an – eine Steigerung von 61 Prozent innerhalb eines einzigen Jahres.

## Nach Anfangsschock wird wieder gerast

Polizei nach Einführung der neuen Bussen vorsichtig optimistisch

Zürich/Bern (AP) Der Anfangsschock über die höheren Bussen im Strassenverkehr ist gemäss Polizeischätzungen nach drei Monaten bereits wieder verflogen. Anfänglich wurde zwar weniger gerast, doch die Disziplin lässt auf Autobahnen bereits wieder nach. Erstmals wird die Abschreckungswirkung von Sanktionen untersucht.

Der Projektleiter der Koordinierten Verkehrssicherheitskampagne der Polizei (KVP), Armin Steinmann, sagte am Montag auf Anfrage, seit der Einführung der höheren Ordnungsbussen am vergangenen 1. September sei gesamtschweizerisch «vorläufig noch» eine eher

günstige Tendenz festzustellen, auch wenn systematische Auswertungen ausstünden. Im rollenden Verkehr seien gesamthaft eher weniger Verzeigungen registriert worden, im stehenden Verkehr dagegen mehr, sagte der Verkehrspsychologe. Besonders bei Schnellfahrern gingen die Übertretungen anfänglich eindeutig zurück. Es kommt laut Steinmann aber stark auf die jeweilige Verkehrssituation an: Wenn die Situation es erlaube, werde inzwischen wieder dem Lustprinzip nachgelebt. Besonders auf Autobahnen und Hauptachsen sei der Anfangsschock verflogen, und es werde wieder häufiger aufgedreht.

## IV: Beitragserhöhung und Leistungskürzung

Revision zur Sanierung der IV – Eröffnung der Vernehmlassung

Bern (AP) Eine Erhöhung des Beitragssatzes und Sparmassnahmen sollen der Invalidenversicherung (IV) das finanzielle Gleichgewicht zurückbringen. Für den raschen Abbau der Milliarden-schuld will der Bundesrat vorübergehend auf die Erwerbersatzordnung (EO) zurückgreifen. Vorgeschlagen wird auch eine Verknüpfung von EO und Mutterschaftsversicherung.

Der Bundesrat hat am Montag den Bericht des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) zu den Grundzügen der vierten IV-Revision zur Kenntnis genommen und bis am 20. Februar in die Vernehmlassung geschickt. Vorrangiges

Ziel ist dabei die rasche finanzielle Konsolidierung der IV, deren Schulden sich Ende 1995 auf 1,15 Milliarden Franken erhöht haben. Für eine erste Revisions-Etappe, die 1999 in Kraft treten soll, werden Massnahmen zur Kostensenkung, eine Beitragssatzerhöhung sowie eine Zusatzfinanzierung für die Rostfildentilgung vorgeschlagen. Dem Rat soll künftig die Viertelsrente und die Zusatzrente für Ehepartner zum Opfer fallen. Nur noch die laufenden Renten würden weiterhin ausgerichtet. Zusammen mit der Streichung von Transportkostenbeiträgen ermöglichte dies Einsparungen von jährlich 100 Millionen Franken.

## Gebhard Hoch und Elmar Kindle nominiert

Nominationsversammlung der FBPL Triesen gestern Abend im Foyer des Gemeindefaales



Gestern Abend nominierte auch die FBPL-Ortsgruppe Triesen ihre Kandidaten für die kommenden Landtagswahlen. Sie kann dabei auf die bewährte Kraft des bisherigen Abgeordneten Gebhard Hoch (rechts) zählen, und in der Person von Elmar Kindle (2. von rechts) kann die Ortsgruppe einen jungen, dynamischen Kandidaten präsentieren. Auf dem Bild Parteipräsident Dr. Norbert Seeger (links) und der Triesener Obmann Erich Kindle zusammen mit den beiden Kandidaten. (Bild: vito)

## Letztes Budget der «alten» PTT genehmigt

Bern (AP) Der Nationalrat hat am Montag den letzten Voranschlag der PTT vor der grossen Post- und Telecom-Reform genehmigt. Ein Fragezeichen wurde aber bei der Beteiligungsstrategie der Telecom im Ausland gesetzt. Die PTT müssen auch 1997 dem Bund 250 Millionen Franken abliefern.

Nachdem bereits der Bundesrat verlangt hatte, das künftige Volumen der Beteiligungsinvestitionen zu reduzieren, gab die Beteiligungsstrategie auch im Nationalrat zu reden. Die FDP-Sprecherin Käthi Bangerter (BE) sprach von einer aggressiven Beteiligungsstrategie der Telecom in Osteuropa und Asien und verlangte einen Marschhalt. «Übermut tut selten gut», gab auch der GPS-Sprecher Hans Meier (ZH) zu bedenken. Der Rat folgte der vorberatenden Kommission, die die 900 Millionen Franken für Beteiligungen zwar sprechen; davon aber 300 Millionen Franken sperren wollte. Die Finanzkommission solle Anfang 1997 Transparenz bei der Beteiligungsstrategie schaffen und über die Verwendung der 300 Millionen entscheiden.

Anträge, die von den PTT beantragte, vom Bundesrat aber verweigerte Aufstockung um 300 Millionen doch zu gewähren, lehnte der Nationalrat mit 73 gegen 57 Stimmen ab.